



Vorlage VA_25/2007
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 02.07.2007

mit 2 Anlagen

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

Zweiter Finanzzwischenbericht 2007

Nachdem der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 30.03.2007 im Rahmen der Einbringung des Handlungskonzepts 2008 erste Hinweise zum Haushaltsverlauf 2007 erhalten hat, wird nun mit einem zweiten Finanzzwischenbericht 2007 über die bis jetzt bekannte Entwicklung der Kreisfinanzen weiter berichtet.

1. Jahresrechnung 2006

Die Jahresrechnung 2006 schließt mit einem Überschuss von 4,97 Mio. Euro ab, der der allgemeinen Rücklage zugeführt wurde und damit für die Haushaltsplanung 2008 zur Verfügung steht. Damit konnte zum dritten mal in Folge ein positives Rechnungsergebnis vorgelegt werden. Die erheblichen Mehrbelastungen, die sich hauptsächlich beim Arbeitslosengeld II, bei der Eingliederungshilfe und bei der Grundsicherung ergeben haben, konnten durch Verbesserungen, insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen, der Grunderwerbsteuer, den Sozialhilfeausgaben und durch beachtliche Einsparungen bei den Personal- und Sachausgaben nicht nur ausgeglichen, sondern darüber hinaus die bereits erwähnten rund 5 Mio. € zurückgelegt werden.

Die investiven Ausgaben des Vermögenshaushalts betragen 28,2 Mio. € An Haushaltsausgabenresten wurden 15 Mio. € in das Jahr 2007 übertragen. Der Landkreis Ludwigsburg hat 2006 Kredite in Höhe von 22,5 Mio. Euro (netto 16,7 Mio. €) aufgenommen. Zur Finanzierung der Haushaltsausgabenreste 2006 müssen Kreditermächtigungen in Höhe von 15,5 Mio. Euro nach 2007 übertragen werden.

Über den Rechnungsabschluss 2006 des Landkreises (vgl. VA_24/2007) und den Jahresabschluss der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (vgl. VA_19/2007) wird der Verwaltungsausschuss, ebenfalls am 02.07.2007, informiert.

2. Haushaltsentwicklung 2007

Das Haushaltsjahr 2007 auf der Grundlage des Haushaltsbeschlusses des Kreistags vom 08.12.2006 und der Genehmigung des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 08.01.2007 entwickelt sich bislang erfreulich. Nach dem bisherigen Verlauf zeichnen sich auch bei den Sozialleistungen keine gravierenden Ausschläge nach oben ab. Das Jahr 2007 scheint das erste Jahr zu werden, in dem sich der Zuschussbedarf für das Arbeitslosengeld II innerhalb der Planung bewegt. Die Ausgaben haben sich auf hohem Niveau stabilisiert. In den Jahren 2005 und 2006 waren noch ganz erhebliche Mehrausgaben gegenüber der Planung zu verzeichnen.

Der Kreisumlagehebesatz konnte für 2007, nach zweijährigem Höchststand von 39,5 %-Punkte, um 1 %-Punkt auf 38,5 %-Punkte zurückgenommen werden. Diese Entlastung für die Städte und Gemeinden ist gelungen unter Einsatz des Überschusses 2005, der Tilgung der AVL und vor allem auch auf Grund unserer auf Nachhaltigkeit angelegten Handlungskonzepte, die ständig aktualisiert werden und die uns mit der konsequenten Umsetzung in die Lage versetzen, den Haushalt zu entlasten.

Dabei konnten wir trotz Konjunkturaufschwung und sprudelnder Steuereinnahmen an unserem Sparkurs festhalten, eine Senkung der Kreditaufnahmen vornehmen und mit der Intention einer weiteren Kreisumlagesenkung 2008 ins neue Jahr gehen.

Aus heutiger Sicht wird uns das laufende Haushaltsjahr 2007 insbesondere auf Grund der Mai-Steuerschätzung und des höheren Bundesanteils beim Arbeitslosengeld II weitere Entlastungen bringen.

Die wichtigsten Änderungen gegenüber der Veranschlagung sind in einer Übersicht zusammengefasst (Anlage 1). Die dort nicht genannten Bereiche zeigen gegenüber der Planung keine besonderen Auffälligkeiten. Im Einzelnen wird dazu folgendes angemerkt:

Die **Grunderwerbsteuereinnahmen** entwickeln sich – trotz Mehrwertsteuererhöhung – insgesamt positiv. Wir gehen davon aus, dass der Planansatz von 24 Mio. € erreicht wird.

Bei den **Schlüsselzuweisungen** ergeben sich nach dem Stand der zweiten Teilzahlung 2007 Mehreinnahmen von 3 Millionen Euro.

Beim **Soziallastenausgleich nach § 22 FAG** ergab die erste FAG-Abschlusszahlung 2006 eine Überzahlung für den Landkreis von rund 242.000 € die 2007 erstattet wird. Der Planansatz 2007 wird nach der zweiten FAG-Teilzahlung 2007 allerdings um rund 102.000 € überschritten. Unterm Strich wird damit der Landkreis Ludwigsburg 2007 um 140.000 € entlastet.

Die Umlage an den **Kommunalverband für Jugend und Soziales** fällt 2007 geringer aus, weil wir aufgrund dessen Nachtragssatzung 2006 in 2007 noch eine Rückerstattung von 521.000 € erhalten haben.

Die **Zinseinnahmen** werden voraussichtlich um 200.000 € höher ausfallen, da der Zinssatz für Geldanlagen in den letzten Monaten gestiegen ist. Bei den **Zinsausgaben** kann dagegen auf Grund der Aufnahme eines zinsgünstigen Förderdarlehens und verzögerter Kreditaufnahmen mit Einsparungen in der Größenordnung von ca. 500.000 € gerechnet werden. Dadurch fallen gleichzeitig geringere **Tilgungsausgaben** im Vermögenshaushalt und eine entsprechend geringere **Mindestzuführung** an (250.000 €).

Bei den **Gebühren der Unteren Verwaltungsbehörde** kann man davon ausgehen, dass der Ansatz insgesamt eingehalten wird. Es zeichnen sich momentan Bereiche mit leichten Verbesserungen (z.B. Bußgelder) sowie Bereiche mit Rückgängen (z.B. Baurechtsgebühren, Vermessungsgebühren) ab. Bei den Verwaltungsgebühren für Stellungnahmen des Landkreises als Träger öffentlicher Belange kann der Planansatz von 100.000 € voraussichtlich nicht erreicht werden, da der zwischen der Stadt Singen und dem Landkreis Konstanz geführte Musterprozess noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

Auch im Jahr 2007 wurde dem **Personaletat** durch das Handlungskonzept eine globale Minderausgabe von 850.000 € als Einsparziel vorgegeben. Zur Erreichung dieser Zielvorgabe müssen weiterhin Einsparungen über Fluktuation, verzögerte Wiederbesetzung und genaue Einzelfallprüfung erzielt werden. Obwohl die globale Minderausgabe nach einer Forderung der Rechtsaufsicht nicht, wie bisher, direkt im Personaletat mindernd abgesetzt werden konnte, haben wir trotzdem nach wie vor die geringsten Personalkosten je Einwohner im Regierungsbezirk Stuttgart (Anlage 2).

Im **EDV-Bereich** ergeben sich durch eine Bonuszahlung sowie einer Rückerstattung auf Fallpreiszahlungen überplanmäßige Einnahmen von rund 160.000 €

Bei den **Schulen** in der Trägerschaft des Landkreises ist ein weitgehend planmäßiger Haushaltsvollzug festzustellen. Bei der Kostenerstattung an den Landkreis Böblingen für die Georg-Haldenwang-Schule in Leonberg, die auch von Schülern aus dem Landkreis besucht wird, wird mit Einsparungen von ca. 183.000 € gerechnet. Der Landkreis Böblingen hat geplante Sanierungsmaßnahmen zurückgestellt, da ein Neubau bzw. ein Erweiterungsbau in Erwägung gezogen wird. Er hat die Notwendigkeit einer Erweiterung der Georg-Haldenwang-Schule mitgeteilt und beabsichtigt, in Anlehnung an die bestehende Vereinbarung, wegen einer Kostenbeteiligung auf uns zuzukommen.

Bei der **Sozialhilfe** ergibt sich nach dem momentanen Stand der Hochrechnung wegen gestiegener Krankenhilfekosten ein Mehrbedarf von rund 500.000 €

Die **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit** erfordert nach der aktuellen Hochrechnung einen Mehrbedarf in der Größenordnung von knapp 500.000 €. Dieser Anstieg ist zum einen auf die Fallzahlensteigerung und zum anderen auf die Umsetzung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts für den Bereich der Unterkunftskosten, die auch Auswirkungen auf die Grundsicherung hat, zurückzuführen.

Bei der **Eingliederungs- und Blindenhilfe** gehen wir nach aktueller Hochrechnung von einem Mehrbedarf von knapp 400.000 € aus.

Für den Bereich der **Jugendhilfe** sind derzeit keine gravierenden Abweichungen vom Planansatz zu erwarten, da die Konzepte der Modellbezirke ihre Wirkung zeigen. Ausgehend vom Jahr 2006 sind die Fallzahlen bei den stationären Hilfeleistungen stetig gesunken, während im ambulanten Bereich ein entsprechender Anstieg zu verzeichnen ist.

Beim **Arbeitslosengeld II – Grundsicherung für Erwerbsfähige** ist von einer Planunterschreitung beim Zuschussbedarf in Höhe von 1,3 Mio. € auszugehen. Dies ist in erster Linie auf die Erhöhung des Bundeszuschusses zu den Unterkunftskosten von 29,1 % auf 35,2 % zurückzuführen.

Bis Dezember 2006 ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) stetig gefallen. Im Dezember erhielten 9.650 BG (revidierte Zahl) – also rund 1.000 BG weniger als zum Höchststand im Sommer 2006 – Leistungen nach dem SGB II. Seitdem ist allerdings wieder ein Anstieg zu verzeichnen.

Bei den vorläufigen Bedarfsgemeinschaftszahlen wurde in der Zeit von Dezember 2006 bis April 2007 ein Zuwachs um 310 Bedarfsgemeinschaften festgestellt. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahlen in den kommenden Monaten weiter ansteigen werden. Der Anstieg kann damit erklärt werden, dass seit Februar 2007 die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf in der Regel 12 Monate voll durchschlägt. Diese Regelung gilt erst seit Februar 2006. Darüber hinaus ist der Zuzug von Personen in den Landkreis Ludwigsburg, die sich auf Grund des guten Arbeitsmarktes einen Arbeitsplatz erhoffen, ungebremst.

Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes vom 07.11.2006 wirkt sich ebenfalls auf der Ausgabenseite aus, da auf Grund der neuen Vorgehensweise bei der Prüfung der Angemessenheit von Wohnraumkosten automatisch Mehrkosten entstehen.

Eine Trendwende ist derzeit nicht zu erwarten. Der gute Arbeitsmarkt im Landkreis Ludwigsburg führt sicherlich dazu, dass noch mehr ALG II-Bezieher eine Tätigkeit aufnehmen. Allerdings kann von einem Großteil dieser Menschen, z. B. wegen fehlender Ausbildung, meistens nur ein sehr niedriges Arbeitseinkommen in der Größenordnung von 6 - 7 €brutto pro Stunde erzielt werden, so dass der Lebensunterhalt hiervon in der Regel nicht vollständig bestritten werden kann. In diesen Fällen ist die Gewährung von Leistungen zu den Unterkunftskosten weiterhin notwendig, da entsprechend dem Gesetz das Einkommen zunächst auf die Regelleistungen des Bundes angerechnet wird. Darüber hinaus sind die Arbeitsverhältnisse oft nur befristet, so dass keine neuen Ansprüche auf Arbeitslosengeld I erworben werden.

Interessant ist aus kommunaler Sicht, dass der Ausgabenbedarf beim Arbeitslosengeld II insgesamt rückläufig ist. Leider ist es jedoch so, dass sich dies nur bei den sogenannten Passivleistungen (Regelsätze) des Bundes auswirkt. Hier kann bei der ARGE für den Landkreis Ludwigsburg ein Rückgang von rund 6% verzeichnet werden. Ebenfalls Auswirkungen auf die Passivleistungen haben die Sanktionen, die derzeit bei ca. 500 Fällen durchgeführt werden. Diese Einspareffekte kommen allerdings dem Landkreis Ludwigsburg selbst nicht zu Gute.

Den **Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH** ist es im Jahr 2006 gelungen, einen hohen Anteil der außerplanmäßigen Belastungen zu kompensieren. Zwar ist aus dem geplanten Überschuss von 291.000 € ein Verlust in Höhe von 835.000 € geworden. Dies ist jedoch unter Berücksichtigung der außerplanmäßigen Belastungen aus der neuen Tarifsituation ein gutes Ergebnis. Auch im laufenden Jahr kommen erhebliche Belastungen durch höhere Personalkosten sowie Preissteigerungen bei den Sachkosten und eine höhere Mehrwertsteuer auf die Kliniken zu. Die Kliniken sind allerdings auch dabei, Kostensenkungspotentiale systematisch zu untersuchen und umzusetzen. Daher wird davon ausgegangen, dass trotz der Mehrbelastungen das 2007 geplante Ergebnis noch erreicht werden kann.

Bei der **gebührenfähigen Abfallwirtschaft** konnte 2006 ein Überschuss in Höhe von 1,8 Mio. € erzielt werden. Dieser Überschuss wird dazu beitragen, den Gebührenanstieg in den Folgejahren etwas abzufedern. Die Einnahmen und Ausgaben 2007 verlaufen bisher weitgehend planmäßig.

Beim **ÖPNV** muss man im Bereich des schienengebundenen Verkehrs - vorbehaltlich der Entscheidung des AUT am 25.06.2007 bezüglich der Strohäubahn (Anschlussvertrag Betriebs- und Infrastrukturkostenzuschuss) sowie der noch zu erwartenden Rechnungsstellung über Gutachterkosten für die Strohäubahn und für die Schienenstrecke Schwieberdingen – Remseck - mit einer Planüberschreitung von 70.000 € rechnen.

Bei den Umlagen an den **Verband Region Stuttgart** hat sich lediglich eine Verschiebung zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ergeben, so dass sich unterm Strich keine Mehrbelastungen für den Haushalt ergeben.

Bei der **Schülerbeförderung** wird nach dem derzeitigen Stand der Hochrechnung von Einsparungen von ca. 200.000 € ausgegangen. Dies ist insbesondere auf Einsparungen bei den Zuschüssen zum Scool-Abo zurückzuführen.

Für die **Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen** hat uns das Land 2006 Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt. Durch den milden Winter und aufgrund von Einsparungen bei der Unfallversicherung von Straßenwärtern wegen einer Änderung des Kostenschlüssels gehen wir davon aus, dass der Gemeinschaftsaufwand insgesamt um etwa 280.000 € zurückgeht. Dies bedeutet für den Landkreis Ludwigsburg anteilig etwa 100.000 € weniger Aufwand, der dem Vermögenshaushalt zugute kommt.

Bei den **Bauunterhaltungen und Hochbauinvestitionen** ist ein weitgehend planmäßiger Haushaltsvollzug zu verzeichnen. Auch bei der Kreishausenerweiterung kann der Kosten- und Terminplan nach derzeitigem Kenntnisstand eingehalten werden.

3. Ausblick 2008 ff

Der zweite Finanzzwischenbericht weist zum jetzigen Zeitpunkt einen positiven Saldo in einer Größenordnung von 5 Mio. € aus. Gesetzt den Fall, dass diese Entwicklung über das Haushaltsjahr hinweg anhält – wovon wir momentan ausgehen – und ein entsprechendes Ergebnis für 2007 erzielt werden kann, eröffnet uns das für die Zukunft einen weiteren Spielraum für die Fortsetzung unserer Konsolidierungsmaßnahmen, für unsere Aufgabenerfüllung und für eine weitere Entlastung unserer kreisangehörigen Kommunen.

Nachdem die Mai-Steuerschätzung insgesamt positive Ergebnisse erbracht hat und das Wirtschaftswachstum weiter anhält, wird unterstellt, dass Eingriffe übergeordneter Ebenen in die kommunalen Kassen unterbleiben.

Unbefriedigend ist nach wie vor die Ausgabenentwicklung beim Arbeitslosengeld II, wo trotz guter Konjunktur die Ausgaben auf hohem Niveau verharren. Hier sollte mit geeigneten Reformen gegengesteuert und auf einen ausgewogenen Bundesanteil geachtet werden.

Beschlussvorschlag:

Beratung.